



RWE Aktiengesellschaft
Recht/Organangelegenheiten Konzern
Opernplatz 1
45128 Essen

Telefax: 0201 – 12 16 640
E-Mail: HV2012.Antraege@rwe.com

Postfach 30 03 07
50773 Köln

Tel. 0221 / 599 56 47

Fax: 0221 – 599 10 24

dachverband@kritischeaktionaeere.de
www.kritischeaktionaeere.de

Köln, 30.03.2012

Gegenanträge zur RWE-Hauptversammlung 2012

Zur Hauptversammlung der RWE AG am 20.04.2011 stellt der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre folgenden Gegenanträge:

Gegenantrag zu Tagesordnungspunkt 3: Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2011

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, die Mitglieder des Vorstands nicht zu entlasten.

Begründung:

I. Energieerzeugung aus Braun- und Steinkohle

Mit seinem Beharren auf der Kohleenergie verpasst der RWE-Vorstand die Energiewende und gefährdet nicht nur die Sicherheit und das Klima, sondern setzt den langfristigen Wert des Unternehmens aufs Spiel. Nach wie vor ist dem Vorstand kurzfristige Gewinnmaximierung wichtiger als die historische Situation für die Energiewirtschaft zu erkennen und ihr Rechnung zu tragen, indem er die Erneuerbaren Energien in den Fokus aller Bemühungen stellt. Es ist unverantwortlich, dass der Vorstandsvorsitzende, Dr. Jürgen Großmann, eine Begrenzung des Anteils der Erneuerbaren Energie auf rund ein Drittel der Stromproduktion fordert.

Braun- und Steinkohle machten im Jahr 2011 etwa 60 % der RWE-Stromerzeugung aus. Vier Kohlekraftwerke von RWE zählen laut einer Studie der European Environment Agency (November 2011) zu den zehn dreckigsten Industrieanlagen Europas. Ende März 2012 plant der Konzern, zwei neue Braunkohleblöcke in Neurath in Betrieb zu nehmen, die jährlich etwa 34 Millionen Tonnen CO₂ emittieren werden. RWE plant außerdem noch Kohlekraftwerke in Hamm, Niederaussem, Mannheim und Arneburg sowie im Ausland in Plomin (Kroatien), Wola (Polen), Eemshaven, Eemsländ (beide Niederlande) sowie Mendikarovo (Bulgarien).

26% aller Treibhausgasemissionen in NRW (83 Mio. t/Jahr) stammen aus RWE-Braunkohlekraftwerken und -fabriken. BoAplus in Niederaussem soll „bei gleicher Menge produziertem Strom“ im Austausch gegen vier ältere Kraftwerksblöcke „rund 30% bzw. 3 Mio t/a“ (RWE) weniger CO₂ ausstoßen (verblieben also immer noch 80 Mio t/Jahr). Die Menge der CO₂-Emission hängt aber nur von der Menge verbrannter Kohle ab und nicht vom Wirkungsgrad. Wird die Menge verbrannter Braunkohle nicht gesenkt bzw. die Stilllegung von Kraftwerkskapazität nicht erhöht, ist das Klimaziel „Reduzierung der CO₂-Emissionen bis 2050 um mindestens 80%“ (also etwa 16 Mio t/a) auch mit BoAplus nicht zu erreichen.

Schon heute ist RWE europaweit der größte Produzent von Treibhausgasen. Dies wird sich nicht ändern, wenn RWE die geplanten Kohlekraftwerke realisiert. Im Lichte der bekannten Fakten zum Klimawandel, dass die kommenden zehn Jahre entscheidend dafür sind, ob es zu einer Temperaturerhöhung von weit über 2°C kommt, ist dieses Verhalten von RWE fahrlässig und nimmt billigend Dürren, Hungersnöte, steigende Meeresspiegel, Überschwemmungen und weitere extreme Wetterereignisse in Kauf. Aber auch betriebswirtschaftlich ist dieser hohe Anteil an fossilen Energieträgern gefährlich, da auf EU-Ebene diskutiert wird, den Emissionshandel zu reformieren, etwa indem Mindestpreise für CO₂-Zertifikate eingeführt werden oder Zertifikate vom Markt genommen werden, was die Preise enorm in die Höhe treiben würde und somit RWEs jährliche Ausgaben für Emissionsrechte.

II. CO₂-Abscheidung aus den Verbrennungsabgasen und Speicherung (CCS)-Technologie

Der Vorstand manövriert den Konzern auf ein Abstellgleis der Energiewende, indem er große Summen in die Erforschung und politische Unterstützung der CCS-Technik (Carbon dioxide Capture and Storage) steckt. Damit gefährdet er nicht nur langfristig den Wert des Unternehmens, sondern auch die gesellschaftliche Akzeptanz von RWE. Zudem entsteht durch die CO₂-Speicherung in tiefen Gesteinsschichten ein neues Endlagerproblem. RWE muss für die weit reichenden Folgen für heutige und nachfolgende Generationen die Verantwortung. Außerdem wären undichte Endlager der finanzielle Ruin des Unternehmens, da CO₂-Speicherung nicht versicherbar ist.

CCS hat nichts mit Klimaschutz zu tun, sondern ist die Alibifunktion eines Vorstandes, dem es nicht gelungen ist, sein „fossiles“ Denken zugunsten einer Zukunft ohne gesundheitsschädigende Kohlekraftwerke zu überwinden. Der WP2.2-Report „Development of a large-scale CO₂ transport infrastructure in Europe: matching captured volumes and storage availability“ www.co2europipe.eu/Publications/D2.2.1%20-%20CO2Europipe%20Report%20CCS%20infrastructure.pdf vom September 2010 zeigt eindrucksvoll, dass RWE die CCS-Technologie als Konkurrenz zu den Erneuerbaren Energien ansieht und nicht als Brücke.

Der dezentrale Charakter der Erneuerbaren Energien bewirkt u. a. die Demokratisierung der Energiewirtschaft und muss daher zu einer Umstrukturierung im Unternehmen führen, wenn langfristig Gewinne erzielt werden sollen. Stattdessen hält der Vorstand Gelder für renditeträchtige Investitionen zurück, um die CCS-Technik zu fördern. Und dies obwohl Bundesumweltamt, Sachverständigenrat für Umweltfragen und aktuell das DIW (www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.392660.de) übereinstimmend festgestellt haben, dass CCS überflüssig, zu teuer und mit hohen Risiken behaftet ist.

Zudem wäre für die europaweite flächendeckende Einführung der CCS-Technik ein Pipelinennetz von 22.000 km bis 37.000 km innerhalb von ein bis zwei Jahrzehnten notwendig. Die Investitionen dafür wären sinnvoller in Speichertechnologien und anderen Zukunftsmärkten untergebracht.

Gegenantrag zu Tagesordnungspunkt 4:
Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2011

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, die Mitglieder des Aufsichtsrats nicht zu entlasten.

Begründung:

Laut „Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat“ der RWE AG (Fassung vom 20.04.2011), § 1, hat der Aufsichtsrat folgende Aufgaben:

- (1) Der Aufsichtsrat berät den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens und überwacht dessen Geschäftsführung.
- (2) Der Aufsichtsrat arbeitet mit dem Vorstand zum Wohle des Unternehmens eng zusammen.
- (3) Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig, mindestens einmal nach der Hälfte der regelmäßigen Amtszeit seiner Mitglieder, die Effizienz seiner Tätigkeit.

Die RWE AG hat auch im zurückliegenden Geschäftsjahr den notwendigen Kurswechsel weg von den fossilen Energieträgern hin zu den erneuerbaren Energien nicht in ausreichendem Umfang vollzogen.

Ad (1) Falls der Aufsichtsrat hinsichtlich des Kurswechsels hin zu mehr erneuerbaren Energien nicht oder nicht ausreichend auf den Vorstand eingewirkt hat, ist er seiner Beratungs- und Kontrollaufgabe nicht nachgekommen. Falls aber der Aufsichtsrat dem Vorstand Vorgaben hinsichtlich des o.g. Kurswechsels gemacht haben sollte und der Vorstand diesen Vorgaben nicht nachgekommen ist, muss der Aufsichtsrat bei der Besetzung des Vorstands personelle Konsequenzen ziehen.

Ad (2) Bei der Neubesetzung des Postens des Vorstandsvorsitzenden wurde gegen die Interessen der kommunalen Vertreter des Aufsichtsrats Peter Terium zum Nachfolger von Jürgen Großmann berufen. Peter Terium lässt schon seit längerem mit dem russischen Energieversorger Inter Rao verhandeln. Vom Aufsichtsrat muss jetzt akribisch geprüft werden, ob es zum Wohle des Unternehmens ist, wenn sich Inter Rao an RWE beteiligt. Inter Rao bezieht Strom vom russischen Atomkonzern Rosatom und exportiert ihn. Rosatom ist mit 13,4 Prozent einer der großen Rao-Anteilseigner ist. Weitere Großaktionäre sind mit knapp 20 Prozent der staatliche Netzbetreiber FSK sowie mit 15 Prozent der Kreml direkt.

Eine Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Vorstand, die RWE dem Einfluss von Konzernen öffnet, die nicht unbedingt als Pioniere der Erneuerbaren Energien bekannt sind, ist nicht zum Wohle von RWE.

Unterstützer der Gegenanträge sind:

- urgewald, www.urgewald.de, Mitglied im Dachverband der Kritischen Aktionäre
- Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager, Schleswig-Holstein, www.kein-co2-endlager.de
- Hans-Jürgen Jonas, Lokale Agenda Pulheim (Rheinland)

Köln, 30.03.2012

gez. Markus Dufner
 Geschäftsführer des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
 Pellenzstr. 39, 50823 Köln
 Tel. 0221 / 599 56 47, Fax: 0221 / 599 10 24
dachverband@kritischeaktionaere.de, www.kritischeaktionaere.de